

Gründungsaufruf für das „Bündnis Soziale Stadt Baden-Württemberg“



Für soziale Stabilität in den Städten Baden-Württembergs



Landesarbeitsgemeinschaft

**SOZIALE
STADTENTWICKLUNG UND
GEMEINWESENARBEIT**

Baden-Württemberg

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg ist 2011 dem vom Deutschen Städtetag ins Leben gerufenen „Bündnis für eine Soziale Stadt“ beigetreten. Im Gründungsaufruf heißt es:

„Die soziale Differenzierung und Spaltung in Deutschland nimmt zu. Mehr denn je geht es darum, das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch städtebaulich, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen zu unterstützen und Konflikte innerhalb der Wohn- und Stadtquartiere friedlich zu bewältigen. Damit nicht immer mehr städtische Wohnquartiere abgleiten und vorhandene soziale Brennpunkte wieder zu funktionierenden Nachbarschaften werden, mobilisiert das Programm "Soziale Stadt" Menschen und Ressourcen für eine positive Quartiersentwicklung und fördert das Zusammenwirken der verschiedenen Ressorts und Politikbereiche sowie der Akteure aus Zivilgesellschaft und Ökonomie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im konkreten Quartier vor Ort.“

Die Bundesregierung hat gerade beschlossen, das Programm „Soziale Stadt“ abzuwickeln. Neu aufgelegt wird stattdessen das Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“. Für dieses Programm sind mit 40 Mio. Euro im Jahr 2012 zwar 11 Mio. Euro mehr als im laufenden Programmjahr für „Soziale Stadt“ vorgesehen, vor dem Hintergrund der erfolgten radikalen Kürzungen von 95 Mio. Euro auf 29 Mio. Euro ist das aber nur ein sehr kleiner Erfolg, der einem massiven breiten Protest zu verdanken ist. Das neue Programm ist auf investive Maßnahmen beschränkt. Damit wird die Erfolgsgarantie des integrierten Programms „Soziale Stadt“, nämlich die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen, endgültig beseitigt. Die soziale Stabilität in den Städten Baden-Württembergs ist in Gefahr, weil Investitionen in Menschen erforderlich sind und nicht nur in Gebäude.

Die Städte Baden-Württembergs sind auch zukünftig bereit, Ihren Beitrag für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung zu leisten. Sie sind dabei allerdings auf die Unterstützung von Bund und Land angewiesen.

Hoffnungsvoll stimmt es die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung in diesem Zusammenhang, dass die neue Landesregierung von Baden-Württemberg den Erhalt der „Sozialen Stadt“ ausdrücklich zu Ihrem Ziel in der Koalitionsvereinbarung erklärt hat. Dort heißt es: „Wir wollen, dass auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene für die Rücknahme der Kürzungen bei den Stadtentwicklungsprogrammen einsetzen. Insbesondere die Beschränkungen des Programms „Soziale Stadt“ auf rein investive Maßnahmen kritisieren wir, da gerade ein gutes Wohnumfeld wesentlich zur Steigerung der Wohn- und Lebensqualität beiträgt.“

Bleibt es bei der niedrigen Ausstattung des Programms und dem Ausschluss sozial-integrativer Begleitmaßnahmen von Städtebauförderung, so hat das verheerende Auswirkungen für die baden-württembergischen Städte. Notwendige Sachinvestitionen in die Gemeinwesenentwicklung könnten nur noch sehr eingeschränkt getätigt sowie zwingend erforderliche flankierende Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Integration und lokale Arbeitsmarktpolitik nicht mehr fortgeführt werden, was die Lebensqualität und die ohnehin schon ungleichen Lebenschancen der Bewohner/innen weiter verschlechtern würde.

Wir rufen deshalb zur Gründung eines „**Bündnis Soziale Stadt Baden-Württemberg**“ auf. Damit stärken wir gleichzeitig das bundesweite „Bündnis für eine Soziale Stadt“. Treten Sie dem Landesbündnis bei und unterstützen Sie die Forderungen des Deutschen Städtetags an die Bundesregierung, das Programm "Soziale Stadt" wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern sowie sozial-integrative Begleitmaßnahmen und die Möglichkeit der Querfinanzierung aus anderen Städtebauförderungsprogrammen wieder zu ermöglichen.

Die neue Landesregierung bitten wir um Prüfung, inwieweit derzeitige haushaltstechnische Restriktionen abgeschafft und Modellvorhaben auch über das Kommunale Investitionsprogramm finanziert werden können und inwieweit Flexibilisierungen des Mitteleinsatzes, z.B. in Form von zeitlich befristetem Projektpersonal bei den Kommunen, möglich sind.

Das Landesbündnis möchte

- die Erfolge des Programms „Soziale Stadt“, nämlich wie sozialen Konflikten innerhalb von Nachbarschaften, der sozialen Entmischung sowie der krisenhaften Entwicklung ganzer Wohnquartiere begegnet werden kann und wie Integrationserfolge erzielt und nachhaltig gesichert werden können, mit den Verantwortlichen im Land und Bund diskutieren,
- die Verstetigung von Projekten erreichen,
- an den Überlegungen zu alternativen Fördermöglichkeiten (z.B. ESF-Programme, Stiftungen etc.) für die „Soziale Stadt“-Gebiete mitarbeiten,
- dazu in einen Dialog mit der Bundes- und neuen Landesregierung eintreten und
- sich für die Fortführung des erfolgreichen Programms "Soziale Stadt" in seiner ursprünglichen Konzeption mit Modellvorhaben einsetzen, um damit im Bereich Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie lokale Ökonomie einen integrativen und sozialen Beitrag für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf zu leisten.

Ansprechpartner:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V., www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de

c/o Stadtteilbüro Haslach
Nachbarschaftswerk e.V.
Gerald Lackenberger
Melanchthonweg 9b
79115 Freiburg
gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de